

Gute Versorgung in der Gesundheitsmetropole Hamburg weiterentwickeln

Als Millionenstadt steht Hamburg exemplarisch für andere Großstädte in Deutschland: Hamburg versorgt als Gesundheitsmetropolregion nicht nur die eigenen rund 1,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger, sondern in großen Teilen auch das Umland. Die Hamburgerinnen und Hamburger sind insgesamt durchaus zufrieden mit der Gesundheitsversorgung, das zeigt eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Landesvertretung Hamburg der Techniker Krankenkasse (TK). Jede Fünfte beziehungsweise jeder Fünfte ist aber auch unzufrieden. Dabei drängen insbesondere folgende Fragen: Wie bekomme ich künftig einfacher und schneller einen Arzttermin? oder: Wie können sich die Leistungserbringer künftig besser miteinander vernetzen und zusammenarbeiten? Klar ist: Es braucht dringend weitere Strukturreformen im Gesundheitswesen. Diese müssen das Ziel haben, eine bedarfsgerechtere Versorgung und einen zielgenaueren Ressourceneinsatz zu ermöglichen.

Die TK hat Ideen entwickelt, wie die insgesamt sehr gute und qualitativ hochwertige Versorgung in Hamburg gehalten und weiterentwickelt werden kann. Wichtig ist dabei ein Blick sowohl auf den ambulanten als auch den stationären Bereich sowie eine deutliche Stärkung der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit.

Zugang zur ambulanten Versorgung weiterentwickeln Die ambulante Versorgung ist in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten – auch in Hamburg. Dies hat unterschiedliche Gründe. Dazu zählen der demografische Wandel und damit einhergehend ein zunehmender Fachkräftemangel, veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, andere Vorstellungen zum Verhältnis von Beruf und Freizeit beim Nachwuchs des Gesundheitspersonals, aber auch eine höhere Erwartungshaltung bei Patientinnen und Patienten bei gleichzeitig steigenden Patientenzahlen. Die schon erfolgten und noch anstehenden Strukturanpassungen im stationären Sektor etwa durch die Krankenhausreform werden sich weiterhin auch auf den ambulanten Sektor auswirken: Wenn künftig mehr Leistungen im ambulanten Sektor erbracht werden sollen, müssen dafür auch die Kapazitäten zur Verfügung stehen. Dabei zeigt die Forsa-Umfrage, dass es für 95 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger bereits heute ein wichtiges gesundheitspolitisches Thema der kommenden Jahre ist, wie man schneller und einfacher einen Arzttermin bekommt.

Der Hamburger Senat setzt unter anderem auf eine kleinräumige Bedarfsplanung. Dies wird aber Problemen wie etwa dem Fachkräftemangel nicht gerecht. Aus Sicht der TK müssen wir uns verstärkt darum kümmern, wie der Zugang zur ambulanten Versorgung für Versicherte

sichergestellt werden kann und dass eine Behandlung künftig bedarfsgerecht erfolgt. Dafür ist es notwendig, dass vor einem Arztbesuch eine standardisierte digital-gestützte Ersteinschätzung des Behandlungsbedarfs für neue Behandlungsanlässe in der ambulanten Versorgung eingeführt wird. Sollte sich daraus ein akut behandlungsbedürftiger Fall ergeben, muss ein schneller Zugang zur richtigen Versorgungsform gewährleistet werden. Dieses Verfahren schafft für die Patientinnen und Patienten mehr Orientierung und Unterstützung. Ärztinnen und Ärzte verschiedener Fachgruppen sollten dafür Terminkontingente auf digitalen Terminserviceplattformen zur Verfügung stellen. So wird die Versorgungsqualität erhöht und Wartezeiten verkürzt.

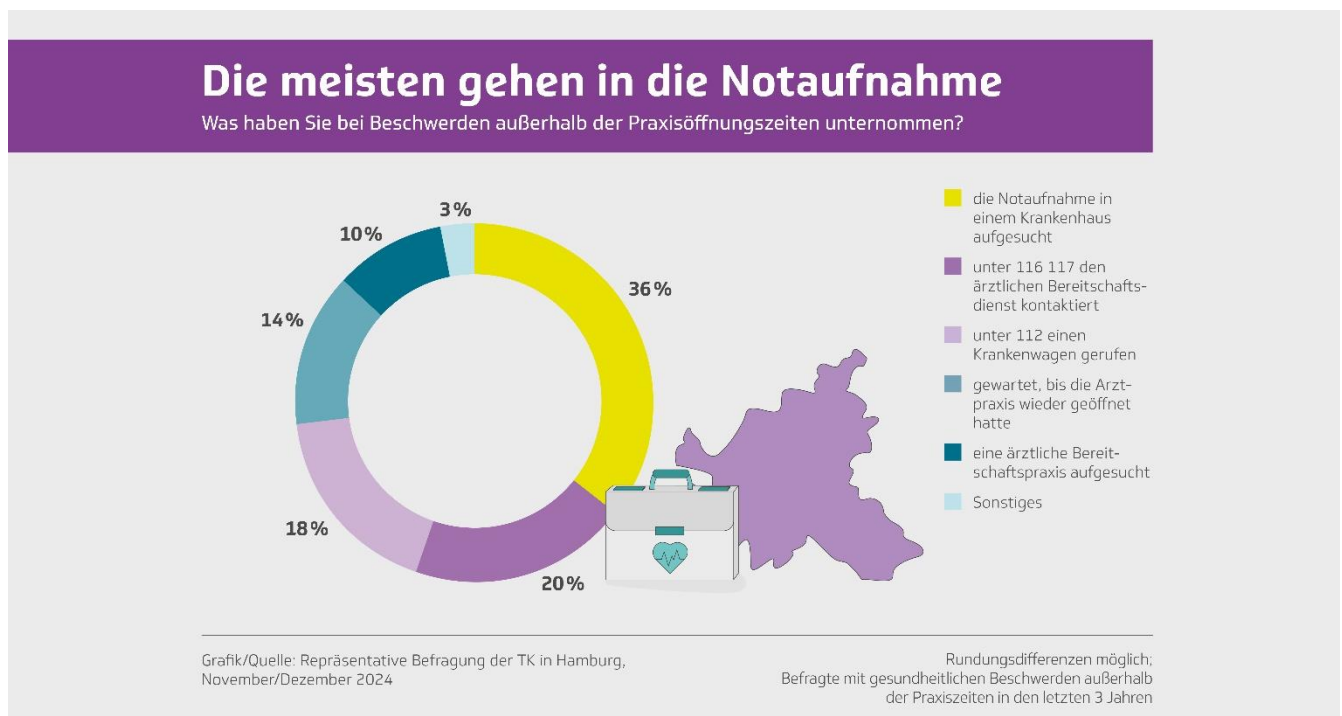
In diesem Zusammenhang muss sich künftig auch die Rolle der Krankenkassen verändern. Die TK macht sich dafür stark, ihre Versicherten stärker zu begleiten, zu beraten und dabei zu helfen, dass sie im Bedarfsfall schneller an passgenaue Versorgungsangebote kommen. Die Versicherten haben Anspruch auf ein umfassendes Versorgungsmanagement. Als TK möchten wir unseren Versicherten in der komplexen Versorgungslandschaft als Partner zur Seite stehen.

Stationäre Versorgung bedarfsgerecht aufstellen Die Reform der stationären Versorgung wurde auf Bundesebene mit dem Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz angestoßen und muss auch unter der neuen Bundesregierung fortgesetzt werden. In Hamburg wurde bereits das Hamburgische Krankenhausgesetz geändert, um künftig die Krankenhausplanung in der Hansestadt stärker an den Themen Qualität und Spezialisierung auszurichten. Anders als im ländlichen Raum hat Hamburg keinen Versorgungsmangel im stationären Sektor. Die TK in Hamburg fordert daher, dass die stationären Behandlungsangebote in der Hansestadt stärker aufeinander abgestimmt werden und die medizinische Versorgung konsequent am Bedarf ausgerichtet wird. Dafür muss die künftige Krankenhausplanung die Spezialisierungen von Kliniken und die Zentralisierung von Leistungen in Hamburg fördern, wie es im Koalitionsvertrag adressiert wird. Als TK stehen wir bereit, die Krankenhausversorgung in Hamburg mitzugestalten. Wichtig ist dabei, dass es nicht zur Aufweichung der bundesweit gültigen Qualitätskriterien durch Ausnahmeregelungen kommt. Gleichzeitig kann eine stärkere Spezialisierung auch bedeuten, überschüssige Kapazitäten in der Krankenhauslandschaft abzubauen oder umzuwandeln. Das ist auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der wirtschaftlichen Lage der öffentlichen Haushalte sowie der gesetzlichen Krankenversicherung angebracht.

Aus Sicht der TK darf der Grundgedanke der Krankenhausreform nicht allein für die somatischen Leistungen gelten, sondern muss auch mit Blick auf die Psychiatrie umgesetzt werden. Eine bundeseinheitliche Krankenhausplanung muss den Bedarf der Bevölkerung an stationären Kapazitäten insgesamt berücksichtigen und darf nicht den wesentlichen Teil der psychiatrischen Leistungserbringung unberücksichtigt lassen. Dabei ist es wichtig, dass der Entscheidungsprozess über künftige Standorte im Einvernehmen mit den Krankenkassen erfolgt.

Notaufnahmen entlasten - sektorenübergreifende Zusammenarbeit fördern Auch in Hamburg zeigen sich zunehmend Probleme in der Notfallversorgung - etwa durch überlastete Notaufnahmen und steigende Einsatzzahlen im Rettungsdienst. Außerdem gibt es eine

unzureichende Abstimmung zwischen den Akteuren. Viele Menschen mit unklaren Krankheitssymptomen wenden sich vor allem außerhalb der Praxisöffnungszeiten an die Notaufnahme, obwohl diese medizinisch oft nicht die richtige Anlaufstelle ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Forsa-Umfrage im Auftrag der TK-Landesvertretung Hamburg: 36 Prozent der Befragten gaben an, dass sie bei unklaren gesundheitlichen Beschwerden außerhalb der Praxisöffnungszeiten zuerst eine Notaufnahme aufsuchten, 18 Prozent riefen direkt einen Krankenwagen über die 112. Nur 20 Prozent kontaktierten den ärztlichen Bereitschaftsdienst unter 116 117. 14 Prozent warteten, bis ihre Arztpraxis wieder geöffnet hatte, und 10 Prozent suchten eine ärztliche Bereitschaftspraxis auf. 3 Prozent wählten ein anderes Vorgehen.



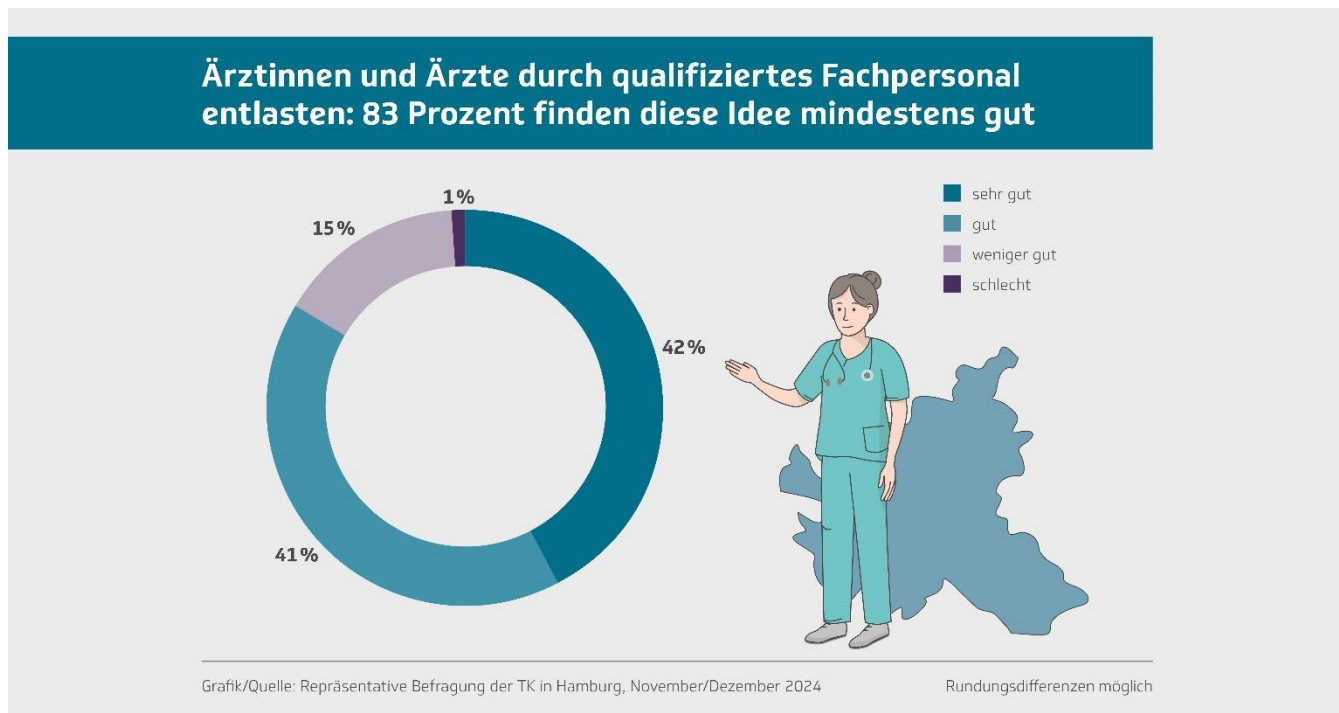
Aus Sicht der TK würde eine Steuerung der Patientenströme sowie eine verbesserte Vernetzung der Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes (116 117) mit der Notrufnummer 112 in der Notfallversorgung Abhilfe schaffen. Auch Modelle wie "Integrierte Notfallzentren (INZ)" an ausgewählten Standorten oder Portalpraxen in Kliniken, wie etwa am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE), sind vielversprechende Ansätze, um eine verbesserte Zusammenarbeit der verschiedenen Sektoren wie der Notaufnahme und der Notdienstpraxen der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KV Hamburg) zu fördern. Wichtig dabei ist außerdem, dass alle Patientinnen und Patienten künftig zunächst die oben beschriebene digital-gestützte standardisierte Ersteinschätzung durchlaufen und damit die nötige Orientierung sowie eine zielgerichtete und passgenaue medizinische Versorgung erhalten.

Außerdem fordert die TK eine Aufnahme des Rettungsdienstes als Leistung im Sozialgesetzbuch V, inklusive bundeseinheitlicher Struktur- und Qualitätsvorgaben sowie einer gezielten Nachbesserung bei den Vergütungsregeln.

Versorgung besser organisieren – Delegation von Leistungen ermöglichen Um die gesundheitliche Versorgung künftig sicherzustellen und besser zu organisieren, braucht es auch mehr Kooperation zwischen den Fachgruppen, zwischen Ärztinnen und Ärzten und anderen Gesundheitsberufen. Letztere sollten künftig mehr Aufgaben in der Versorgung

übernehmen. Das entlastet nicht nur Ärztinnen und Ärzte und schafft Zeitfenster für andere, notwendige Tätigkeiten, sondern wertet auch die nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe weiter auf. Denn der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitswesen steigt stetig. Die Attraktivität lässt sich nur steigern, wenn die Aufgaben besser verteilt werden und den Menschen in den nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen eine attraktive Perspektive geboten wird.

Die Idee, dass qualifiziertes Fachpersonal Ärztinnen und Ärzte durch die Übernahme von bestimmten Aufgaben entlastet, kommt bei den Hamburgerinnen und Hamburgern gut an: 83 Prozent von ihnen finden sie gut oder sogar sehr gut, so die Forsa-Befragung im Auftrag der TK-Landesvertretung Hamburg.



Wie so eine Zusammenarbeit und Delegation zwischen Ärztinnen und Ärzten und medizinisch qualifiziertem Fachpersonal aussehen kann, erproben derzeit die Asklepios Klinik Harburg, der Pflegeheimbetreiber Pflegen & Wohnen sowie gesetzliche Krankenkassen im Rahmen einer virtuellen Notfallversorgung für Pflegebedürftige im Hamburger Süden. Bei nicht lebensbedrohlichen Notfällen berät die Notaufnahme des Asklepios Klinikums Hamburg-Harburg teilnehmende Pflegeeinrichtungen mit Hilfe eines Telekonsils zu passenden Behandlungsmöglichkeiten. Im Anschluss an die Beratung übernehmen entweder die speziell für den Fall geschulten Pflegekräfte die Behandlung vor Ort in der Pflegeeinrichtung, oder Asklepios sorgt für eine ambulante Weiterbehandlung durch eine haus- oder fachärztliche Praxis.

Klimaschutz ist Gesundheitsschutz In den kommenden Jahren und Jahrzehnten werden die Auswirkungen des Klimawandels vermehrt auch in Hamburg zu spüren sein und Auswirkungen auf die Gesundheit haben. Dazu zählen etwa längere Hitze- und Trockenperioden sowie sogenannte "tropische Nächte", in denen die Temperatur nicht unter 20 Grad fällt. Daher hat die Stadt Hamburg einen Hitzeaktionsplan beschlossen. Dieser gibt unter anderem bestimmte Handlungsempfehlungen vor, sowohl für Verwaltung und Wissenschaft als auch für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Aus Sicht der TK muss Klimaschutz auch als Gesundheitsschutz begriffen werden. Daher gehen Prävention und Nachhaltigkeit Hand in Hand: Präventives Handeln kann dazu beitragen, die Umwelt und natürliche Ressourcen zu schonen. Langfristig entlastet nachhaltiges Verhalten die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen. Das Gesundheitswesen ist deshalb prädestiniert dafür, eine Vorreiterrolle beim Thema Nachhaltigkeit einzunehmen und als Vorbild für andere Branchen zu agieren. Daher benötigt es stärkere Anstrengungen für ein nachhaltiges, idealerweise klimaneutrales Gesundheitswesen. Bereits heute liegen Ideen und Maßnahmen auf dem Tisch, die helfen, diesen Weg zu beschreiten. Um diese umzusetzen, braucht es aber ein Zusammenwirken aller Akteure des Gesundheitswesens sowie die Unterstützung durch Politik und Gesetzgebung – daran möchten wir als TK gemeinsam mit der rot-grünen Koalition in Hamburg mitwirken.

Techniker Krankenkasse
Landesvertretung Hamburg
Steinstraße 27, 20095 Hamburg
Tel.: 040 – 69 09 55 14
maren.puttfarcken@tk.de